



1. Meldung der Parlamentskorrespondenz beim Jugendparlament 12/2023

Regierung schlägt Veränderung der Leistungsbeurteilung an Schulen vor

Ausschuss des Jugendparlaments tauscht sich über geplante Neuerungen aus

Wien (PK) – Am 1. Dezember 2023 haben die vier Parteien des Jugendparlaments sich im Ausschuss über die Beurteilungen der Schulleistungen, die verändert werden sollen, beraten.

Die Regierung hat eine Veränderung der Leistungsbeurteilungen an den Schulen vorgeschlagen. Derzeit zählen Mitarbeit, Tests, Schularbeiten und Hausübungen zur Note. Zu diesen Beurteilungskriterien sollen neue dazukommen. Schülerinnen und Schüler sollen künftig schriftliche und praktische Arbeiten in der Unterrichtszeit durchführen und zwei ausführliche persönliche Gespräche mit der jeweiligen Lehrperson pro Semester führen. Von den Tests, Schularbeiten und Hausübungen muss die Hälfte handschriftlich erfolgen. Ab wann die geplanten Veränderungen gelten sollen, ist im Gesetzesvorschlag nicht enthalten.

Mit der Neuerung des Schulunterrichtsgesetzes will die Regierung das selbstständige und kritische Denken der Schülerinnen und Schüler fördern. Seit dem Start von ChatGPT erledigen Schülerinnen und Schüler ihre Arbeiten des Öfteren mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI). Sie verlassen sich oft auf die Ergebnisse, die ChatGPT liefert. KI stellt auch für Lehrerinnen und Lehrer ein Problem dar, da sie schwer überprüfen können, ob die Arbeiten der Schülerinnen und Schüler eigenständig erledigt wurden. Deshalb soll in Zukunft mehr in der Unterrichtszeit erarbeitet werden.

Standpunkte der Klubmitglieder

Im Ausschuss tauschten die Parteien ihre verschiedenen Standpunkte aus. Die Klubsprecherin der Violetten sagte, dass in Zukunft die mündlichen Gespräche freiwillig und teilweise statt der Schularbeiten stattfinden sollen. Diese Gespräche sollten ihrer Meinung nach nur in den Hauptfächern durchgeführt werden. Es sollten außerdem mehr Hausübungen in der Schule gemacht werden, damit diese zu Hause nicht durch KI erledigt werden können. Hausübungen sollten aber nicht komplett abgeschafft werden, sondern mehr in den Unterricht miteinbezogen werden.

Ein Abgeordneter der Orangen war der Meinung, dass statt einem Verbot der KI ein

verantwortungsbewusster Umgang in den Schulen erlernt werden soll. Seine Stellung zu den mündlichen Gesprächen war, dass sie unrealistisch seien und sich nicht in jedem Fach von der Zeit her ausgingen. Die Schulen sollten das Recht haben, selbst darüber zu entscheiden. Seiner Meinung nach sollten Hausübungen erbracht werden, da diese als Übung für Schularbeiten und Tests dienen.

Von den Weißen legte der Klubsprecher dar, dass die mündlichen Gespräche eine gute Idee seien. Der Klub fände es gut, wenn die Lehrerinnen und Lehrer die Prüfungen an allen Schulen gleich handhaben. Ebenso waren sie der Meinung, dass Hausübungen weniger zur Note zählen sollten.

Der Standpunkt der gelben Klubmitglieder war, dass die Mitarbeit in Zukunft individuell bewertet werden sollte. Es sollte eine geringere Anzahl an Hausübungen geben, die freiwillig zu erledigen sein sollen. Ihrer Meinung nach erzeugen diese zu viel Stress bei den jeweiligen Schülerinnen und Schülern. Außerdem fanden sie es nicht sinnvoll, dass die Hälfte der Hausübungen handschriftlich zu erledigen sein soll, da diese trotzdem noch durch KI gefälscht werden könnten. (Schluss) joh/sas